



Frankreich lebt seit Jahren mit einem Widerspruch, der lange tragfähig schien: ein großzügiger Staat, hohe öffentliche Ausgaben und gleichzeitig der Anspruch, wirtschaftlich dynamisch und geopolitisch einflussreich zu bleiben. Nun aber mehren sich die Zeichen, dass dieses Modell an Grenzen stößt. Der Internationale Währungsfonds warnt zwar nicht vor einer unmittelbaren Finanzkrise. Doch seine jüngste Analyse enthält eine deutlich ernstere Botschaft: Frankreich droht nicht wegen mangelnder Ressourcen, sondern wegen mangelnder Reformfähigkeit in Schwierigkeiten zu geraten.

Die Zahlen sprechen eine klare Sprache. Das Haushaltsdefizit lag 2025 bei 5,1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts – weit entfernt von den europäischen Stabilitätskriterien. Noch bemerkenswerter ist jedoch die Staatsquote von 57,5 Prozent. Unter den großen Industrieländern gehört Frankreich damit weiterhin zu den Staaten mit den höchsten öffentlichen Ausgaben überhaupt. Der IWF erkennt zwar an, dass Paris erste Konsolidierungsschritte eingeleitet hat. Doch ohne eine glaubwürdige mehrjährige Strategie sei das Ziel, das Defizit bis 2029 wieder unter die Marke von 3 Prozent zu bringen, kaum erreichbar.

Dabei geht es ausdrücklich nicht um einen radikalen Sparkurs angelsächsischer Prägung. Der Fonds fordert keine abrupte Austerität, wie sie Europa nach der Eurokrise teilweise praktizierte. Die Mahnung aus Washington ist technokratischer und zugleich politischer: Frankreich müsse Prioritäten setzen und die Dynamik seiner Ausgaben dauerhaft kontrollieren.

Ein Staat, der immer mehr verspricht

Der Kern des französischen Problems liegt weniger auf der Einnahmenseite als im Aufbau des Staates selbst. Frankreich finanziert seit Jahrzehnten ein außergewöhnlich dichtes Netz sozialer Sicherungssysteme: Renten, Arbeitslosenversicherung, Gesundheitsversorgung, Familienleistungen und ein ausgedehnter öffentlicher Dienst bilden das Rückgrat des republikanischen Gesellschaftsvertrags. Dieses Modell gilt vielen Franzosen als zivilisatorische Errungenschaft.

Doch genau dieser Konsens macht Reformen so schwierig. Jeder Versuch, Leistungen zu kürzen oder Strukturen effizienter zu organisieren, löst soziale und politische Konflikte aus. Präsident Emmanuel Macron hat dies während der Rentenreform 2023 erfahren, als Millionen Franzosen gegen die schrittweise Anhebung des Rentenalters protestierten. Die Reform wurde letztlich nur mit verfassungsrechtlichen Sonderinstrumenten durchgesetzt – ein



Symbol dafür, wie begrenzt die politische Mehrheitsfähigkeit inzwischen geworden ist.

Der IWF deutet nun an, dass punktuelle Reformen nicht mehr ausreichen. Paris müsse die Effizienz der Verwaltung verbessern, Sozialleistungen zielgenauer gestalten und langfristige Ausgabenpfade definieren. Bemerkenswert ist dabei, dass der Fonds ausdrücklich vor weiteren Steuererhöhungen warnt. Frankreich gehört bereits heute zu den OECD-Staaten mit der höchsten Abgabenquote. Zusätzliche Belastungen könnten Wachstum und Investitionen weiter schwächen.

Die Rückkehr der strategischen Ausgaben

Gleichzeitig steht Frankreich vor neuen finanziellen Verpflichtungen, die sich kaum vermeiden lassen. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat die europäische Sicherheitsarchitektur verändert. Paris erhöht seine Verteidigungsausgaben deutlich und will seine militärische Handlungsfähigkeit ausbauen. Präsident Macron sieht Frankreich als zentrale Macht Europas – ein Anspruch, der ohne höhere Rüstungsausgaben kaum glaubwürdig wäre.

Hinzu kommen die Kosten der demographischen Alterung. Wie viele westliche Staaten erlebt Frankreich eine steigende Zahl älterer Bürger bei gleichzeitig schwächer wachsender Erwerbsbevölkerung. Das belastet Renten- und Gesundheitssysteme strukturell.

Dazu kommen schließlich die Investitionen der ökologischen Transformation: Infrastruktur, Energieumbau, Gebäudesanierungen und industrielle Dekarbonisierung erfordern in den kommenden Jahren erhebliche öffentliche Mittel. Gerade Frankreich, das sich als europäische Führungsmacht im Klimaschutz präsentiert, kann sich einen Rückzug aus diesen Programmen politisch kaum leisten.

Die Folge ist ein paradoxer Zustand: Der Staat soll gleichzeitig sparen und mehr leisten. Genau hierin erkennt der IWF die zentrale Herausforderung.

Das eigentliche Problem sitzt im Parlament

Ökonomisch betrachtet ist Frankreich trotz hoher Schulden keineswegs ein Krisenstaat. Das Land verfügt über eine diversifizierte Volkswirtschaft, bedeutende Industrie- und Technologiekonzerne, hohe private Vermögen und weiterhin vergleichsweise stabile



Frankreichs stille Gefahr: Nicht die Schulden allein, sondern der Verlust an politischer Handlungsfähigkeit

Finanzierungsbedingungen an den Kapitalmärkten. Anders als Griechenland während der Eurokrise steht Frankreich nicht vor einer akuten Zahlungsunfähigkeit.

Die eigentliche Schwäche ist politischer Natur. Seit den vorgezogenen Parlamentswahlen 2024 verfügt die Regierung über keine stabile Mehrheit mehr. Die Nationalversammlung ist fragmentiert wie selten zuvor. Linke Parteien lehnen Sozialkürzungen ab, der Rassemblement National bekämpft unpopuläre Sparmaßnahmen ebenfalls, während das bürgerliche Lager selbst tief gespalten ist.

Der Haushalt für 2026 illustriert dieses Dilemma exemplarisch. Zwar enthält er Einsparungen, doch das Volumen von rund neun Milliarden Euro bleibt deutlich hinter früheren Ankündigungen zurück. Die Regierung musste ihre Ambitionen reduzieren, weil größere Kürzungen politisch kaum durchsetzbar gewesen wären.

Damit entsteht ein Kreislauf wachsender Unsicherheit: Märkte und europäische Partner erwarten fiskalische Disziplin, doch jede konkrete Reform stößt innenpolitisch auf Widerstand. Frankreich weiß, dass Konsolidierung notwendig ist – findet aber keine stabile Mehrheit über deren Ausgestaltung.

Europas Gründungsland unter Druck

Für die Eurozone besitzt diese Entwicklung erhebliche Bedeutung. Frankreich ist nicht irgendein Mitgliedstaat, sondern neben Deutschland die tragende politische Säule der Europäischen Union. Gerät Paris fiskalisch unter Druck, hätte dies unmittelbare Folgen für die gesamte europäische Architektur.

Deshalb ist die Wortwahl des IWF bemerkenswert nüchtern. Der Fonds vermeidet Alarmismus, doch zwischen den Zeilen wird deutlich, worum es geht: Vertrauen. Solange Investoren überzeugt sind, dass Frankreich mittelfristig handlungsfähig bleibt, lässt sich eine hohe Schuldenquote tragen. Verliert der Staat jedoch an Glaubwürdigkeit, steigen Finanzierungskosten schnell und politische Spielräume schrumpfen weiter.

Die französische Debatte erinnert damit an ein Grundproblem moderner Demokratien. Viele westliche Gesellschaften haben sich an einen Staat gewöhnt, der Sicherheit, Wohlstand und Stabilität garantiert. Doch die Finanzierung dieser Versprechen wird unter Bedingungen niedrigen Wachstums, alternder Bevölkerungen und geopolitischer Spannungen zunehmend schwieriger.



Frankreichs stille Gefahr: Nicht die Schulden allein, sondern der Verlust an politischer Handlungsfähigkeit

Frankreich steht exemplarisch für diese Entwicklung. Das Land besitzt weiterhin enorme wirtschaftliche und institutionelle Stärken. Aber seine politische Klasse wirkt gefangen zwischen ökonomischer Vernunft und gesellschaftlicher Unregierbarkeit. Der IWF fordert deshalb letztlich weniger Kürzungen als Verlässlichkeit: einen Staat, der glaubwürdig zeigt, dass er Prioritäten setzen kann – auch gegen kurzfristige politische Reflexe.

Gerade darin liegt heute Frankreichs größte Herausforderung.

Autor: P. Tiko